

„DER RECHTSRUCK IN ISRAEL IST EIGENTLICH EIN FRUSTRATIONSRUCK“

Im Interview mit **WELTENBÜRGER** erklärt Dr. Sylke Tempel (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.), Chefredakteurin der außenpolitischen Zeitschrift **INTERNATIONALE POLITIK**, das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel.

Frage: In diesem Jahr feiern Deutschland und Israel das 50. Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Wie bewerten Sie das derzeitige deutsch-israelische Verhältnis?

Tempel: Zunächst muss man die verschiedenen Ebenen unterscheiden. Auf politischer Ebene ist das Verhältnis sehr eng, das hat ja auch die 50-Jahres-Feier gezeigt. Israel ist eines der wenigen Länder, mit denen Deutschland regelmäßige Kabinettskonsultationen unterhält. Das heißt jedoch nicht, dass man die Status-quo-Bestrebungen oder die Politik Netanjahus befürwortet. Das drückt man in entsprechendem Rahmen auch aus.

Auf der gesellschaftlichen Ebene ist das Verhältnis über Jahre hinweg auseinandergedriftet, das zeigen auch die Umfragen. In Israel herrscht eine viel größere Sympathie und Interesse für Deutschland als umgekehrt. Der Tiefpunkt war als in einer Umfrage vor ein paar Jahren Israel in einer Kategorie mit Iran und Nordkorea als die den Weltfrieden gefährdenden Ländern eingestuft wurde.

Aber das verändert sich gerade. Der IS und die zusammenfallenden Staaten haben aufgezeigt, wie wichtig ein stabiler Staat ist, der eine Demokratie mit einer abwählbaren Regierung ist, in der Regierungswechsel friedlich verlaufen und nicht zu Konflikten führen wie in Ägypten, Libyen oder Syrien. Abgesehen davon hat Tel Aviv unglaublich an Anziehungskraft gewonnen und Israel ist ein wahnsinnig smartes Wirtschaftsland, insbesondere im Bereich Cyber Security und IT Technology.



© DGAP

Frage: War die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 20 Jahren nach dem Kriegsende überraschend?

Tempel: Es war ein Paradox, eine totale Verkehrung dessen, was man erwartet hätte und was – auch wenn es ein seltsames Wort in der Politik ist – das Anständige gewesen wäre, dass eben Deutschland sich um diplomatische Beziehungen mit Israel bemüht. Dem war aber nicht so. Israel hat sehr viel früher Bereitschaft signalisiert. Aber die Bundesrepublik hat sich geziert, weil man unter der Hallstein-Doktrin stand und man die arabischen Staaten nicht verärgern wollte. Außerdem war der auswärtige Dienst noch zutiefst durchdrungen von den Kräften, die schon während der Nazi-Zeit dort saßen. Der westdeutsche diplomatische Dienst war nicht die einzige Institution, in der – man darf es glaube ich offen heraus sagen – Antisemiten geduldet wurden. Israel war nicht das beliebteste Land, weder im State Department, im Foreign Office, im Quai d’Orsay oder eben in der Bundesrepublik. Es hat nicht viele in Deutschland gegeben, die sich einer Verpflichtung gegenüber Israel bewusst waren. Die Bezie-

hung zu den arabischen Staaten wurde zudem als wichtiger bewertet.

Frage: Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist mit seinem Bündnis mit der ultranationalistischen Partei Israel Beitenu nach rechts gerückt. Belastet der Rechtsruck die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel?

Tempel: Es wird oft vom Rechtsruck gesprochen, aber das ist ein oberflächliches Bild. Zum einen wird der Rechtsruck festgemacht an den ultranationalistischen Parteien. Die sind wirklich unangenehm, weil sie eine Siedler-Klientel verfolgen. Zum anderen macht es sich fest an der Haltung gegenüber dem sogenannten arabischen Sektor – also der arabischen Bevölkerung Israels, die israelische Staatsbürger sind. Da ist ein unglaublich hässlicher Wahlkampf geführt worden.

Aber auf wirtschaftlicher Ebene ist den Leuten klar, dass es nicht angeht, dass zwei Segmente der israelischen Gesellschaft – die Ultraorthodoxen und die arabische Bevölkerung – auf Dauer aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen sind. Das kann man sich bei knapp acht Millionen Einwohnern gar nicht leisten.

Zudem findet einiges an Integrationsleistung statt und es tut sich auch im arabischen Sektor einiges. Ich glaube, man sollte in dieser Chose nicht so sehr auf die gewählten Vertreter schauen. Die seit 40 Jahren da sind, und die seit 40 Jahren dasselbe erzählen.

Frage: Wird durch das neue Bündnis mit Avigdor Lieberman die deutsch-israelische Beziehung beeinträchtigt?

... weiter von Seite 1

Tempel: Es macht die Arbeit nicht leichter. Weil dies eine Truppe ist, die ein echtes Gestaltungsbedürfnis hat. Avigdor Lieberman kommt aus der Siedlerbewegung, das macht es nicht einfacher. Dass Netanjahu mit der Besetzung Liebermanns als Verteidigungsminister tatsächlich die Armee angeht, als eine der wichtigsten Institutionen, ist bemerkenswert. Das darf man nicht unter den Teppich kehren, da wurde eine wichtige Institution dieses Staates attackiert.

Aber es ist komplizierter als es aussieht. Der Rechtsruck ist eigentlich ein Frustrationsruck. Weil die linke Friedensbewegung sich vollkommen zurückgezogen hat. Diese hat über Jahre versucht, den Frieden damit zu verkaufen, dass man wegen der Besetzung etwas für die Palästinenser tun müsse. Die Friedensbewegung hat nicht geschafft, auf breiter Linie zu überzeugen. Sie haben verpasst, zu vermitteln, dass ein Abkommen mit den Palästinensern auch gut für Israel sei, dass es Israel in eine bessere politische, wirtschaftliche, strategische Position bringen könnte.

Frage: Wie wird der Zuspruch für die rechtspopulistische AfD und für Pegida von Israel aufgenommen?

Tempel: Das Israel gibt es ja nicht. Ich glaube, dass man sich vonseiten Israel vorzieht, sich nicht allzu sehr in innenpolitische Angelegenheiten einzumischen, da Israel sich selbst auch innenpolitische Einmischung verbittet. Andererseits ist man in Israel natürlich besorgt, wenn hier eine große Gruppe von Muslimen einwandert, weil die Leute, die jetzt nach Europa kommen, aus Gesellschaften kommen, in denen Israel der Feind ist.

Die AfD versucht daraufhin, sich Israel zum Bundesgenossen im Kampf gegen den Islamismus und den politischen Islam zu machen. Darauf lässt man sich in Israel weitestgehend nicht ein, weil man ahnt, dass es sich um eine totale Mogelpackung handelt. Der Hauptgegner der AfD ist zwar jetzt der Islam, aber unter dieser Einstellung kommt, wenn man nicht allzu viel kratzt, eine antimoderne Haltung zum Vorschein,

die antiamerikanisch, antikapitalistisch und antisemitisch ist.

Aber es gibt auch eine Rechte in Israel, die glaubt, in jemanden wie Wilders Bundesgenossen zu haben, da die sich proisraelisch geben. Es waren ja auch bei Pegida-Demonstrationen Israelfahnen zu sehen. Das halte ich aber für eine Mogelpackung.

Die AfD ist genau der falsche Bündnispartner mit dem man so etwas bekämpft. Da riefen man den Zünder, um das Feuer zu löschen.

Frage: Gibt es prinzipiell einen Anstieg an Antisemitismus in Europa und Deutschland?

Tempel: Das ist bislang noch nicht zu sehen. Wir haben zu jeder Zeit die üblichen 15 bis 20 Prozent an „Antis“ in der Gesellschaft. Momentan werden sie allerdings lauter und sichtbarer und sie fühlen sich richtig wohl, weil sie das Gefühl haben, sie hätten Oberwasser.

JOSEF SCHUSTER: ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND KANN DURCH ZUWANDERER WACHSEN

Zwischen 20 und 25 Prozent der Einwohner Deutschlands sind antisemitisch eingestellt. Das machen Umfragen und Untersuchungen seit Jahren immer wieder deutlich. Durch die Zuwanderung muslimischer Flüchtlinge aus arabischen Ländern kann die Judenfeindlichkeit hierzulande jedoch noch weiter zunehmen, warnt der amtierende Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster. Wer 20 oder 30 Jahre lang mit einem israel- und judenfeindlichen Bild aufgewachsen sei, der werde dieses Bild nicht beim Passieren der deutschen Grenze einfach abgeben, äußerte Schuster vor Kurzem gegenüber der „FAZ“. Er geht deshalb davon aus, dass bei arabischen Zuwanderern antisemitische Einstellungen noch deutlich öfter anzutreffen sind als in der deutschen Bevölkerung.

Aus Sicht von Schuster, der seit rund eineinhalb Jahren der Interessenvertretung der Juden in Deutschland vorsteht, ist es daher unbedingt erforderlich, Zuwanderern im Rahmen der Integration eindeutig jene Grundwerte zu verdeutlichen, auf denen die deutsche Gesellschaft fußt. Dabei gehe es nicht nur um die Ablehnung von Israel- und Judenfeindlichkeit, betont der Präsident des Zentralrats, sondern ebenso um The-



Andreas Kneitz/Zentralrat der Juden

men wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Bevor er an die Spitze des Zentralrats der Juden in Deutschland gewählt wurde, war Schuster vier Jahre lang Vizepräsident dieser Organisation. Seit 1998 ist er auch Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken. Geboren wurde Schuster 1954 in Haifa.

1956 kehrten seine Eltern mit ihm in die unterfränkische Heimat seines Vaters zurück, nachdem die Nazis Schusters Familie enteignet und vertrieben hatten. Die Eltern seiner Mutter wurden in Auschwitz ermordet.

Seit seinem zweiten Lebensjahr lebt Schuster in Würzburg. Nach seinem Medizinstudium eröffnete er dort eine internistische Arztpraxis, die er heute noch führt. Der verheiratete Vater zweier Kinder bezeichnet sich selbst als „deutsch und jüdisch“.

EU-GRUNDRECHTECHARTA – AUFRUF GEGEN HASS UND INTOLERANZ

Von Klaus Kocks

Die Qualität von Gesetzen zeigt sich häufig dann, wenn sie zur Anwendung kommen müssen. Wenn also Rechtsgüter in Gefahr sind, zu deren Schutz die rechtlichen Vorgaben eingeführt wurden. So gesehen hat die Europäische Grundrechtecharta jetzt die Möglichkeit, sich zu bewähren. Denn in den vergangenen Jahren ist es in der EU zu einem Anstieg bei antisemitisch und antimuslimisch motivierten Hassdelikten und Intoleranz gekommen, der von politisch Verantwortlichen, von Menschenrechtlern, aber auch von den Betroffenen selbst als besorgniserregend eingestuft wird.

Es sind allerdings nicht allein die in der jüngsten Zeit vermehrten öffentlichkeitswirksamen Terrorakte, die Anlass zur Sorge geben. Vielmehr verzeichnet die EU in ihren Grenzen einen Anstieg von antisemitischem, aber auch antimuslimisch motiviertem Hass, der sich nicht nur in immer mehr negativen verbalen Äußerungen, sondern auch in wachsender physischer Gewalt bzw. Gewaltbereitschaft dokumentiert. Diese Delikte haben mit dem Zustrom von Schutzsuchenden nach Europa noch zugenommen. In etlichen Mitgliedstaaten der EU machen sich unterdessen populistische bis politisch weit rechts stehende Gruppierungen Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung zunutze, um darauf ihr fremdenfeindliches „Süppchen zu kochen“. Gar nicht zu reden von

den hasserfüllten Tiraden gegen Zuwanderer und Flüchtlinge im Internet.

Einige EU-Staaten begründen sogar ihr Veto gegen eine Aufnahme von Asylsuchenden mit der weitverbreiteten Ablehnung in ihrer Bevölkerung gegen solche Menschen



© European Union, 2010

– aus Angst vor einer angeblich drohenden Überfremdung bzw. Islamisierung. So gaben etwa in Polen in einer Meinungsumfrage im Juli vergangenen Jahres rund 70 Prozent der Befragten an, keine Flüchtlinge muslimischer oder afrikanischer Herkunft in ihrem Land haben zu wollen.

Dabei hat sich die EU in ihrer Grundrechtecharta, die mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 in den Staaten der Gemeinschaft – mit Ausnahme Großbritanniens, Polens und Tschechiens – zu geltendem Recht wurde, allgemeine Menschen- und Bürgerrechte auf die Fahne geschrieben. Zu den verschiedenen Grundrechten, die in den sechs Kapiteln der

Charta aufgelistet werden, zählen auch die Rechte auf Menschenwürde sowie auf Leben, auf körperliche und geistige Unversehrtheit. Kapitel 2 enthält die Freiheiten, die den Menschen in den EU-Staaten zustehen und somit einklagbar sind: so unter anderem die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, das Recht auf Bildung und das Recht zu arbeiten, das Recht auf Asyl sowie der Schutz gegen Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung. Ein weiteres wichtiges Kapitel beinhaltet das Gleichheitsrecht vor dem Gesetz, die Diskriminierungsverbote, die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Dies sind nur einige der elementaren Rechte und Freiheiten, welche die Grundrechtecharta den Bürgern in der Gemeinschaft garantiert. Die Charta soll die Europäische Union als eine Grundrechts- und Wertegemeinschaft definieren und stärken, so der dahinterstehende Gedanke. Damit spielt die Charta in den aktuellen Debatten um Flüchtlinge, ihre Verteilung in der Gemeinschaft und insbesondere bei den Diskussionen um die mögliche Einführung einer EU-weiten Obergrenze für die Aufnahme von Schutzsuchenden eine Rolle. Eine solche Deckelung würde etwa nach Einschätzung der Experten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags gegen die Artikel 18 und Artikel 19 der EU-Grundrechtecharta verstoßen.

MIT EMOTIONEN FÜR EUROPA BEGEISTERN GSI-PANEL AUF DEM DEUTSCHE WELLE GLOBAL MEDIA FORUM

Das GSI hat im Rahmen des diesjährigen Deutsche Welle Global Media Forum eine Diskussionsrunde veranstaltet. Unter der Moderation von Dr. Jan Ulrich Clauss, Leiter Strategische Planung des GSI, diskutierten Experten die Frage: „From Nobel Peace Prize winner to state of crisis – is a European political public sphere possible?“

Yves Leterme, Generalsekretär des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA), Stockholm, machte gleich zu Beginn deutlich, dass ein wichtiges Kriterium für eine europaweite Öffentlichkeit nicht gegeben sei: eine gemeinsame Sprache. Bei aller sprachlichen und kulturellen Vielfalt gebe es aber auch viele Gemeinsamkeiten, die es auch in den Medien hervorzuheben gelte. Dr. Andrea Despot, stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin, zeigte sich skeptisch, ob Medien allein diese Aufgabe erfüllen könnten. Despot hob die Bedeutung von Begegnungen hervor – etwa im Rahmen politischer Bildung. „Dem persönlichen Austausch kommt eine entscheidende Rolle zu, wenn wir ein gemeinsames europäisches Narrativ entwickeln wollen.“



Dr. Hendrik Schott, Präsident der Vereinigung Europäischer Journalisten (VEJ), Bonn/Berlin, plädierte dafür, dass sowohl Journalisten als auch Politiker ihre nationalen Perspektiven ablegen. „Wir Journalisten sollten die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen, statt 28 Perspektiven einzunehmen.“ Eine eher transnationale Zielgruppe habe das Berlin Policy Journal im Blick, das Dr. Henning Hoff verantwortet. Eine transeuropäische Debatte könne etwa für die Abstimmung in Großbritannien wichtig sein, denn „je mehr die Menschen über Europa wissen, umso eher

stimmen sie für Europa und einen Verbleib in der EU ab.“

Als ausschlaggebend für eine funktionierende europäische Öffentlichkeit sah man einen emotional geführten Diskurs an, auch um eine größere Zielgruppe anzusprechen.

„BLICKWECHSEL“ – AUSLANDSSTUDIENMESSE AN DER UNI BONN

Am 25. Mai 2016 fand an der Universität Bonn die 7. Auslandsstudienmesse zum Thema „Studium und Praktikum im Ausland“ statt. Das Gustav-Stresemann-Institut e.V. (GSI) informierte dort über die eigenen Programmangebote sowie über die des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). Schwerpunkte waren dabei die finanziellen und pädagogischen Hilfestellungen zur grenzüberschreitenden Mobilität in Bildung und Beruf.

KMK-PRÄSIDENTIN ZU GAST IM GSI

Am Montag, 23. Mai, war Senatorin Dr. Claudia Bogedan, Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2016, zu Gast im GSI. Bogedan war zur Eröffnung der internationalen Fachtagung des Pädagogischen Austauschdiensts „Migration – Integration: Schule gestaltet Vielfalt!“ nach Bonn gekommen. Im Rahmen ihres Besuchs tauschte sie sich mit GSI-Direktor Dr. Ansgar Burghof über aktuelle Themen aus.



Im Mittelpunkt der Tagung standen pädagogische Konzepte für eine Schule der Vielfalt, die Integration, Spracherwerb und Berufsvorbereitung fördert. Rund 380 Lehrkräfte und Bildungsfachleute aus Deutschland und aus dem europäischen Ausland nahmen

an der Fachtagung im GSI teil. Unter den Rednern war auch Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Themen des Gesprächs von Bogedan und Burghof waren unter anderem die Bildungsangebote des GSI, die Bedeutung der politischen Bildung in Deutschland und die Rolle Europas.

IMPRESSUM
 Herausgegeben vom
 Gustav-Stresemann-Institut e.V.
 V.i.S.d.P. Dr. Ansgar Burghof
 Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
 E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
 www.gsi-bonn.de
 Langer Grabenweg 68,
 53175 Bonn - Bad Godesberg
 Germany